

V-10 Wehrpflicht nein danke! Freiwilligendienste strukturell stärken

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 17.11.2025

Tagesordnungspunkt: 3. Verschiedenes

Antragstext

Spätestens seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zeigt sich, dass Frieden und Freiheit in Europa keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Auch Deutschland steht zunehmend im Fokus hybrider Bedrohungen: von Cyberangriffen über Desinformation bis hin zu Versuchen gezielter gesellschaftlicher Destabilisierung. Wir nehmen diese veränderte sicherheitspolitische Lage ernst, ebenso wie die damit verbundenen Sorgen und Ängste der Bevölkerung.

Diese Realität markiert eine echte sicherheitspolitische Zeitenwende, eine Zäsur, die von uns verlangt, Wehrhaftigkeit und Resilienz neu zu denken. Doch eine Zeitenwende bedeutet nicht automatisch die Rückkehr zu alten und überholten Konzepten, wie die Bundesregierung sie plant.

Am 13. November 2025 einigte sich die Bundesregierung aus Union und SPD auf das sogenannte Wehrdienstmodernisierungsgesetz (WDMoG). Angelehnt an das Schwedische Modell soll zunächst auf die Förderung von Freiwilligkeit gesetzt werden. Verpflichtend ist zunächst nur das Ausfüllen eines Fragebogens und die Musterung aller jungen Männer, die 2008 oder später geboren wurden. In Berlin würde das im kommenden Jahr 16.000 Jugendliche betreffen. Melden sich dennoch nicht genug Personen freiwillig, sieht der Gesetzentwurf eine Bedarfswehrpflicht vor, die vom Bundestag beschlossen werden kann. Das Verfahren dafür steht noch nicht vollständig fest, aber auch Zufallsverfahren wie das Losverfahren werden weiterhin debattiert.

Als Bündnis 90/Die Grünen Berlin lehnen wir eine Wiedereinführung der Wehrpflicht oder die Einführung anderweitiger Pflichtdienste entschieden ab. Ein verpflichtendes Dienstjahr, wie es von konservativen Kreisen gefordert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Rückschritt und steht in klarem Widerspruch zu unseren Grundwerten von Selbstbestimmung und Freiheit. Stattdessen setzen wir darauf, bestehende Angebote des freiwilligen, gesellschaftlichen Engagements zu stärken, bestehende Hürden abzubauen und Strukturen, die echte Beteiligung und Zusammenhalt ermöglichen, zu stärken.

Schluss mit Politik über die Köpfe junger Menschen hinweg

In der öffentlichen Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht die Perspektive junger Menschen oftmals unter. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit Jahren ein eindeutiges Bild: Diejenigen, die am Ende einen Pflichtdienst ableisten müssten, lehnen ihn klar ab. Mehr als 60 % der unter 30-Jährigen sprechen sich regelmäßig gegen eine Wehrpflicht aus und laut einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie würde eine Mehrheit der 16- bis 25-Jährigen den Dienst an der Waffe sogar verweigern. Diese Zahlen verdeutlichen: Junge Menschen wollen selbst bestimmen, wie und wo sie Verantwortung übernehmen.

39 Dabei ist es gerade diese junge Generation, die in den vergangenen Jahren
40 bereits enorme Lasten getragen hat. Während der Corona-Pandemie hat sie sich
41 zurückgenommen, zentrale Erfahrungen ihrer Jugend verpasst und ältere sowie
42 vulnerable Gruppen geschützt. Die negativen Auswirkungen dieser Zeit in den
43 Bereichen Bildung und mentaler Gesundheit wurden politisch nie aufgefangen.
44 Heute ringt sie mit hohen Mieten, gestiegenen Preisen und Unsicherheit in
45 Ausbildung, Studium und Beruf und wird die dramatischsten Folgen der Klimakrise
46 erleben. Hinzu kommt der jahrzehntelange Investitionsstau in Bildung,
47 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, dessen Konsequenzen junge Menschen bereits
48 heute ausbaden müssen und die das Vertrauen in Politik und staatliche
49 Institutionen seit Jahren schwächen.

50 Vor diesem Hintergrund einen militärischen oder gesellschaftlichen Pflichtdienst
51 einzufordern bedeutet, eine Generation in die Verantwortung für die
52 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu ziehen, der die Politik selbst über Jahre
53 hinweg elementare gesellschaftliche Verantwortung schuldig geblieben ist. Von
54 jungen Menschen zu verlangen, die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte
55 auszubügeln und die gesellschaftliche Verantwortung der Verteidigungsfähigkeit
56 zu schultern, während ihre eigenen Bedürfnisse, Chancen und Lebensrealitäten
57 politisch zu lange vernachlässigt wurden, geht gegen den Grundwert der
58 Generationengerechtigkeit, für den wir als Partei wie keine andere stehen.

59 Für uns steht fest: Junge Menschen sind nicht bloß eine Ressource, auf die der
60 Staat im Krisenfall zurückgreifen kann, sondern aktive Mitgestalter*innen
61 unserer demokratischen Gesellschaft. Sie brauchen Räume, in denen sie
62 selbstbestimmt handeln können und eine Politik, die ihnen zutraut, Verantwortung
63 freiwillig zu übernehmen. Was sie nicht brauchen, sind staatliche
64 Pflichtdienste, die ihre Freiheit einschränken und ihre Perspektiven ignorieren.

65 Strukturelle Probleme in der Bundeswehr anerkennen und beheben

66 Strukturell verfügt die Bundeswehr derzeit weder über die notwendige
67 Infrastruktur noch über ausreichende personelle Kapazitäten, um eine
68 Wiedereinführung der Wehrpflicht überhaupt sinnvoll umsetzen zu können. Es
69 mangelt an Ausbilder*innen, an Material, an Unterkünften, an modernen
70 Übungsplätzen und an flexiblen Organisationsstrukturen. Hinzu kommen massive
71 Probleme im Beschaffungswesen.

72 Gleichzeitig bestehen tiefgehende institutionelle Problemen: Immer wieder rücken
73 rechtsextreme Netzwerke in der Bundeswehr, insbesondere im KSK, in den Fokus.
74 Berichte über Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit zeigen, dass die
75 Bundeswehr strukturell noch weit von einem inklusiven, diskriminierungsfreien
76 Umfeld entfernt ist. Anstatt junge Menschen in solche Strukturen zu zwingen,
77 braucht es konsequente Aufarbeitung und transparente Kontrollmechanismen.
78 Darüber hinaus braucht es eine umfassende und verpflichtende Weiterbildung aller
79 Angehörigen der Bundeswehr zu Diskriminierung, Vielfalt und demokratischer
80 Kultur. Wer in staatlicher Verantwortung steht und mit Waffen ausgebildet wird,
81 muss für Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede andere
82 Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sensibilisiert werden.

83 Dass die Bundeswehr für viele junge Menschen kein attraktives Arbeitsumfeld
84 darstellt, zeigt sich auch in den hohen Abbruchquoten von rund 25 % in den
85 ersten Dienstmonaten. Diese Quote ist ein Symptom systemischer Probleme, nicht
86 fehlender „Verantwortungsbereitschaft“ einer Generation.

87 Junge Menschen sind keine Lückenfüller: soziale Infrastruktur stärken

88 Der Fachkräftemangel im sozialen Sektor ist seit Jahren ein zunehmendes Problem
89 und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Besonders in der
90 Pflege, in Kitas, in der Jugendhilfe und in Einrichtungen für Menschen mit
91 Behinderungen fehlen qualifizierte Fachkräfte. Diese Versorgungslücken entstehen
92 jedoch nicht, weil es zu wenige junge Menschen gibt, die grundsätzlich bereit
93 wären, im sozialen Bereich zu arbeiten, sondern weil der Staat seit Jahren darin
94 versagt, verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen für Beschäftigte im
95 sozialen Bereich zu schaffen.

96 Ein Pflichtdienst adressiert weder die Ursachen des Fachkräftemangels noch die
97 strukturellen Schwächen des sozialen Sektors. Der damit verbundene Mehraufwand
98 für Supervision, Wissensvermittlung und organisatorische Betreuung würde
99 bestehende Engpässe eher verschärfen, als sie zu beheben. Statt tiefgreifenden
100 Lösungsansätzen durch zum Beispiel Investitionen in Bildung und Ausbildung
101 werden hier Scheinlösungen mit jungen Menschen als Leidtragenden vorgeschlagen.
102 Auch große Wohlfahrtsverbände und Träger von Freiwilligendiensten wie der
103 Paritätische Gesamtverband oder die Diakonie haben sich zuletzt entschlossen
104 gegen eine Dienstpflicht geäußert und weisen auf die mit einer Dienstpflicht
105 einhergehenden Grundrechtsverletzungen sowie den immensen organisatorischen
106 Aufwand und die Kosten hin. Außerdem kritisieren sie, dass soziale Berufe durch
107 so einen Eingriff abgewertet werden.

108 Freiwilligendienste strukturell stärken

109 Bereits heute engagieren sich bis zu 100.000 Menschen jedes Jahr im Rahmen von
110 Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), dem
111 Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ).
112 Zumeist sind es junge Menschen, die sich nach ihrer Schulzeit für ein Jahr des
113 gesellschaftlichen Engagements entscheiden und Tag für Tag Verantwortung
114 übernehmen. Sie unterstützen Pflegekräfte in Altenheimen, begleiten Kinder und
115 Jugendliche in Schulen und Kitas, helfen Menschen mit Behinderung im Alltag oder
116 setzen sich für den Klima- und Naturschutz ein.

117 Mit ihrem Einsatz stärken sie nicht nur soziale Einrichtungen und gemeinnützige
118 Organisationen, sondern sammeln auch selbst wertvolle und nachhaltig-prägende
119 Erfahrungen. Viele entdecken durch ihren Freiwilligendienst neue berufliche
120 Perspektiven, lernen ihre eigenen Fähigkeiten besser kennen und entwickeln ein
121 starkes Bewusstsein für gesellschaftliche Zusammenhänge. Nicht selten entstehen
122 aus diesem Engagement langfristige berufliche oder ehrenamtliche Bindungen, die
123 weit über das eigentliche Dienstjahr hinausreichen.

124 Freiwilligendienste zeigen: junge Menschen sind bereit, sich einzubringen,
125 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich zu engagieren. Politik
126 muss diese Bereitschaft stärken, statt auf Zwang und Bevormundung zu setzen.
127 Statt Debatten über ein Pflichtjahr braucht es verlässliche finanzielle und
128 strukturelle Rahmenbedingungen, bessere Anerkennung von Leistungen und niedrige
129 Zugangshürden für alle Menschen, die sich bereits heute freiwillig engagieren
130 wollen.

131 Freiwilligendienste stehen seit Jahren unter Druck. Einsatzstellen kämpfen um
132 eine ausreichende Finanzierung. Im Bundeshaushalt 2025 sind Kürzungen bei
133 Freiwilligendiensten von rund 40 Millionen € vorgesehen, was etwa 20% weniger im

134 Vergleich zum Vorjahr sind. Und für die Freiwilligen reicht das Taschengeld bei
135 langem nicht aus um sich das Leben zu finanzieren - schon gar nicht in einer
136 Stadt wie Berlin!

137 Und trotzdem werden nach aktuellen Haushaltsplänen des Bundes etwa ein Drittel
138 der aktuellen Mittel für Freiwilligendienste gestrichen. Junge Menschen leiden
139 schon jetzt unter kaputtgesparten Strukturen im Bereich des Freiwilligendienstes
140 und auch in der Bundeswehr.

141 Darüber hinaus braucht es eine langfristige Absicherung der Trägerstrukturen,
142 die Freiwilligendienste organisieren und begleiten. Eine verlässliche
143 Finanzierung, hochwertige pädagogische Begleitung und klare Qualitätsstandards.

144 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen Berlin:

- 145 • Einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst
 - 146 ◦ Jede Person, die sich gesellschaftlich engagieren möchte, soll ein
 - 147 gesetzlich verankertes Recht auf einen Freiwilligendienst haben und
 - 148 dies unabhängig vom Alter, Gender oder finanziellen Hintergrund.
- 149 • Finanzielle Absicherung von Freiwilligendiensten
 - 150 ◦ Wir fordern eine Anhebung des Taschengeldes für Freiwillige, die
 - 151 sich am BAföG-Höchstsatz orientiert und aus dem Bundeshaushalt
 - 152 finanziert wird. So kann Chancengleichheit erhöht werden und
 - 153 sozialer Ungleichheit entgegengewirkt werden.
- 154 • Kostenloser Zugang zum ÖPNV für alle Freiwilligen
 - 155 ◦ Wir fordern eine kostenfreie Bereitstellung des Deutschlandtickets
 - 156 für Freiwillige, um die finanzielle Belastung zu reduzieren. Des
 - 157 Weiteren müssen Freiwillige Anspruch auf die gleichen
 - 158 Vergünstigungen wie Senior*innen oder Studierende erhalten.
- 159 • Sichtbarkeit von Freiwilligendiensten erhöhen
 - 160 ◦ Wir fordern eine bundesweite Informationskampagne, mit einem
 - 161 Motivationsschreiben des/der Bundespräsidenten*in an alle
 - 162 Schulabgänger*innen. Damit soll Menschen geholfen werden, einen
 - 163 Überblick über die Vielfalt und die Möglichkeiten bestehender
 - 164 Programme zu erhalten.

165 Vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage, der strukturellen
166 Defizite in der Bundeswehr und der bestehenden Engpässe im sozialen Bereich ist
167 klar: Pflichtdienste oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind weder
168 gerecht noch wirksam. Junge Menschen sollen nicht Zwangsdienste leisten, um
169 politische Versäumnisse auszugleichen, sondern Räume erhalten, in denen sie
170 freiwillig Verantwortung übernehmen können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen
171 deshalb für eine konsequente Stärkung freiwilliger Dienste, die Engagement,
172 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und wertschätzen.

Begründung

Die Einigung der Bundesregierung am 13. November 2025 ist erst nach Ablauf der Antragsfrist und der Änderungsantragsfrist für die Landesdelegiertenkonferenz, für die dieser Antrag ursprünglich eingereicht wurde, zustande gekommen. Als Partei und als Landesverband brauchen wir daher umgehend eine klare Positionierung in dieser Frage, um den Menschen in dieser Stadt, insbesondere den jungen Menschen, Orientierung und politische Verlässlichkeit zu bieten.

Die geplanten Regelungen greifen tief in die Selbstbestimmung junger Menschen ein und sind mit unseren Grundwerten von Freiheit, Selbstbestimmung und Generationengerechtigkeit unvereinbar. Gleichzeitig adressieren sie weder die tatsächlichen Herausforderungen für die Bundeswehr noch die strukturellen Defizite im sozialen Bereich. Statt junge Menschen in Pflichtdienste zu zwingen, sollten wir ihre Bereitschaft zu freiwilligem gesellschaftlichem Engagement stärken und ihnen echte Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen. Dies kann nur mit struktureller Förderung von bestehenden Programmen und Angeboten geschehen.

Quellen:

<https://presseportal.greenpeace.de/255453-greenpeace-umfrage-mehrheit-der-jugendlichen-sieht-grundrechte-durch-wehrpflicht-bedroht/>

<https://www.morgenpost.de/politik/article241831850/Nie-mehr-Wehrpflicht-Drei-Gruende-warum-sie-ein-Fehler-waere.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/wehrpflicht-bundeswehr-wehrdienst-modernisierungsgesetz-kriegsdienstverweigerung-100.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/wehrdienst-gesetz-musterung-jahrgaenge-verdienst-verweigern-fragen-antworten-li.3335253>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/personalmangel-bundeswehr-schrumpfen-abbrecher-boris-pistorius>

<https://www.tagesschau.de/investigativ/wdr/bundeswehr-rechtsextremismus-134.html>

<https://taz.de/97-Rechtsextreme-aus-der-Armee-entlassen!/6106422/>

https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Paritaetische_Position_zur_moeglichen_Wiedereinfuehrung_der_Wehrpflicht_und_des_Zivildienstes.pdf

<https://www.diakonie.de/informieren/infothek/2022/juni/pflicht-oder-freiwilligkeit-argumente-zur-dienstpflichtdebatte>

<https://www.diakonie.de/informieren/bundeshaushalt-2026>

<https://www.bundes-freiwilligendienst.de/news/haushaltskuerzungen-2025-wie-die-reduzierung-der-mittel-fuer-freiwilligendienste-die-stellenangebote-beeinflusst/>